

Kapitel 5: Zusammen leben

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 26.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 379 bis 381:

Persönlichkeitsschutz und Meinungsfreiheit zu wahren. Wir wollen Hasskriminalität im Netz ~~wirksamer bekämpfen~~ und ~~dafür~~ das bewusste Verbreiten von Falschinformationen wirksamer bekämpfen. Dafür wollen wir einen effektiven Gesetzesrahmen entwickeln. Betroffene müssen sich schnell und effektiv gegen Angriffe im Netz wehren können. Das wollen wir durch die

Von Zeile 391 bis 393 einfügen:

digitalen Gewaltschutz, das die Möglichkeit beinhaltet, gegen Accounts vorzugehen, wenn keine Täter*in festgestellt wird. Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Meinung, aber nicht auf eigene Fakten. Für den Umgang mit Desinformation, aber auch für die Rechtskontrolle der Anbieter insgesamt wollen wir die Aufsicht national wie auch europäisch

Begründung

Wir alle sehen die Gefahren, die von Hass und Hetze ausgehen, die viele von uns bereits am eigenen Leib erfahren haben. Weniger klar ist, wie sehr unsere Demokratie und auch das friedliche Zusammenleben der Völker durch Verschwörungstheorien und das bewusste Verbreiten von Falschinformationen gefährdet ist. In den USA haben wir unter Trump eine Entwicklung von alternativen Fakten zu einer alternativen Realität beobachtet. Damit droht das Fundament des gemeinsamen demokratischen Diskurses wegzubrechen. Die Folge ist ein Auseinanderbrechen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und oftmals eine Radikalisierung.

Wer im Kino laut „Feuer“ ruft ist verantwortlich für die Toten in einer folgenden Massenpanik. Wer im Internet laut ruft, Impfstoffe seien gefährlich, kann in noch viel größerem Umfang Schaden anrichten.

Unser Grundgesetz schützt deshalb Meinungen, aber keine Lügen. Für diese Herausforderung des 21. Jahrhunderts brauchen wir neue und wirksame Lösungsansätze.